

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 25

Rubrik: Liebe Leser

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wirken, bei der man endgültig auf ihre Dienste verzichten können.

Dazu kommt noch ein moralischer Aspekt, der auch realpolitisch ins Gewicht fällt. Die meisten Leute können keinesfalls verstehen, weshalb man den Exekutanten des bisherigen Unterdrückungssystems nicht den Schuh geben sollte. Gibt es denn nur anonyme Schuld? An der systematischen Missachtung der Menschenrechte, am Darniederliegen der Wirtschaft, an der Umweltzerstörung in einem Ausmass, den die westlichen Länder trotz höherem Konsum nicht erreicht haben. Die Bevölkerung findet durchaus, dass das System auch Menschen aus Fleisch und Blut brauchte, die ihm dienen. Auf Kosten der Andersdenkenden, auf Kosten der Wohlstandsschaffung für alle, auf Kosten der Natur.

Die kommunistischen Behörden hatten keine Hemmungen verspürt, zum Beispiel eine alte Frau mit Härte zu bestrafen, weil sie ihrem landwirtschaftlichen Kollektiv einen Ballen Heu gestohlen hatte, um ihre Kaninchen zu füttern. Jene strafenden Verantwortlichen selber haben Milliarden Schäden verschuldet. Sie haben aus einer erstrangigen Industrienation ein Land gemacht, das sich von Entwicklungsländern bald nur noch dadurch unterscheidet, dass es mehr Gift an Boden, Luft und Wasser abgibt als diese. Sie haben Unrecht zum System gemacht und erst noch gegen dessen eigene Gebote verstossen dürfen, weil sie jeder gegnerschaftlichen Kontrolle entzogen waren.

Diese Verantwortlichen aus Gründen politischer Vernunft zu schonen, ist eine Tendenz bei führenden Oppositionellen, bei Intellektuellen und älteren Studenten. Den einfachen Werktätigen und den schlecht abg gespeisten Rentnern hingegen geht das nicht ein. Ist es auch ein Gebot politischer Vernunft, diese Leute mit direktem Rechtsempfinden vor den Kopf zu stossen?

Wenn ein verkommenes Haus wiederhergestellt werden soll, ist eines vonnöten: es der Sanierungsequipe zugänglich zu machen, und zwar restlos. Und als erste Priorität hierzu ist es wiederum notwendig, den Eingang frei zu machen; der dort angehäuften Unrat hat kein Anrecht auf Denkmalschutz.

Bitte keinen Jakes II.

Der alten Führung ist nicht nur ihre Schuld anzulasten, sondern auch Inkompetenz. Als erstes Beispiel kann der abgesetzte Parteichef selber dienen. Sein Wortschatz war gross genug, um sowohl den Begriff der Ökonomie als auch den Begriff der Ökologie zu umfassen. Nur verwechselte er in seinen Reden und Äusserungen die beiden Ausdrücke ständig; Kopien seiner Originalausführungen sorgten für Ergötzung im Land. Das Lachen war gut genug, solange einem nichts anderes übrigblieb. Aber wenn Abhilfe möglich geworden ist, ist sie auch

nötig; man kann sich die Produktion solcher Belustigung nicht leisten. Das Land braucht eine kompetente Regierung und fachkundig betreute Institutionen. Einen Jakes II. braucht es nicht, nicht einmal einen demokratisierungswilligen.

Man wird nächstens auch in der CSSR von Korruptionsskandalen zum Schaden des Landes hören; die leuchtenden Beispiele der Schiwkoffs und Honeckers regen das Ausleuchten an. Ans Licht gebracht werden sollte indessen auch der enorme Schaden, den Unfähigkeit und Ignoranz auf allen Verwaltungsstufen angerichtet haben. Zwar kann man einen dafür nicht vor Gericht stellen, sehr wohl aber vor die Tür. Und sollte es auch tun.

Die erste Runde gegen die Parteiführung hat die Opposition locker gewonnen, die zweite Runde gegen die umgebildete Regierung nach längerem Hin und Her, und der weitere Fortschritt wird viel Kleinarbeit fordern, wenn er nicht zum leichteren Abgleiten in die Anarchie werden soll. Alles aufzuräumen ohne allem freien Lauf zu lassen, ist schwer, wie das Beispiel der DDR zeigt. Es gilt ein System abzutragen, Stück für Stück.

Abschied von Schwjck

Mit der Ära der Diktatur geht auch die «Schwejkowina» zu Ende, die Kunst des braven Soldaten, mit den unweigerlich oben angerichteten Problemen fertig zu werden, wenn man unweigerlich unten bleibt. Die berühmte Figur aus dem Roman von Jaroslav Hasek ist zu einem Sinnbild für eine bestimmte Mentalität des individuellen Widerstands geworden. Sie erübrigt sich jetzt, nachdem man sich die Vereinigungsfreiheit genommen hat. Ehre dem schwejkischen Andenken, doch vor Überziehung wird gewarnt. Mit der Seinsweise des braven Soldaten verhält es sich für die Bürger wie mit dem Schreiben zwischen den Zeilen für die Literaten: eine Selbstbehauptungskultur, die nur in schlechten Zeiten einen Sinn macht. Man darf stolz sein auf unsern braven Schwjck, aber hervorholen soll man ihn nur noch aus dem Bücherschrank.

Das Reiterstandbild auf dem Prager Wenzelsplatz stellt den böhmischen Schutzpatron dar, den heiligen Vaclav, Wenzeslaus oder eben Wenzel. Von ihm erzählt die Legende, in Krisenzeiten schare er die Ritter vom Blau (Berg südlich von Prag) um sich, um die Gefahr vom Lande abzuwenden. In diesem Herbst 1989 hatte der heilige Vaclav Hunderttausende von Rittern um sich. Als Rüstung trugen sie Blue Jeans, als Waffen trugen sie Spruchbänder oder brennende Kerzen. Den Ritterschlag hatten sie eben erhalten, für ihre Unerschrockenheit. So haben sie ihren Einzugs gehalten in das Jahr 1 der neuen Tschechoslowakei. ■

LIEBE LESER

Vaclav und seine Ritter, von denen Miroslav Levy in seinem nebenstehenden Beitrag spricht, haben nicht zu lange auf dem Wenzelsplatz verweilt. Mit ihrem Einzug in das Jahr 1 der tschechoslowakischen Geschichte verbanden sie ihren Einzug in die Institutionen.

Der Führungsanspruch der KP ist aufgegeben worden, und das Bürgerforum hat als Dachorganisation der oppositionellen Gruppierungen seine Verhandlungen mit der bestehenden Regierung aufgenommen. Es hat sich dabei keineswegs mit Brosamen abspeisen lassen, wie die erste interimistische Regierung Adamec bald erfahren musste. Noch vor den freien Wahlen vom nächsten Jahr ist eine Regierung der nationalen Verständigung zustandegekommen, die alles andere als ein fauler Kompromiss ist. Unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Marian Calva ist ein Kabinett gebildet worden, das mehrheitlich aus Nichtkommunisten besteht. Mehrere ihrer Mitglieder waren im Gefängnis gewesen, weil sie der sowjetisch angeordneten Normalisierung nach 1968 Widerstand geleistet hatten.

Die Vereidigung der neuen Regierung war die letzte Amtshandlung von Gustav Husak, der als Staatspräsident zurückgetreten ist. Kandidat des Bürgerforums zu seiner Nachfolge ist nicht Alexander Dubcek, sondern Vaclav Havel, der in den Augen vor allem der Jugend den Aufbruch zur Demokratie verkörpert.

Gustav Husak war, bevor er als Parteichef und Staatschef die Wünsche der Invasoren erfüllte, als Vizeministerpräsident ein Repräsentant des Prager Frühlings von 1968 gewesen, hatte zuvor als «bourgeoisler slowakischer Nationalist» in den stalinistischen Gefängnissen gesessen. Aber er zog in den letzten zwanzig Jahren die Anpassung vor und geht jetzt in Unehren. Für die Tschechoslowakei von heute gelten jetzt neue Devisen. Zum Beispiel diese:

«Der Bürger eines Landes im heutigen Europa will wissen, was sich in seinem Staat abspielt. Er will mitreden dürfen. Er will über seine Zukunft und über seine Lebensbedingungen mitentscheiden. Er will seine eigene Führung wählen und diese nach deren Taten auch abberufen können. Er will den Verfassungsgrundsatz, wonach das Volk der Inhaber der gesamten Macht ist, auf die Alltagspraxis übertragen wissen.»

Wer das im Januar 1968 schrieb, war Gustav Husak. Nun hat er mit jener Einsicht recht behalten, die er verriet. *Christian Brügger*